

Eingelangt am 04.05.2007

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wissenschaft und Forschung

Anfragebeantwortung



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

GZ: BMWF-10.000/0038-III/4a/2007

Frau
Präsidentin des Nationalrats
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, 30. April 2007

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 452/J-NR/2007 betreffend Anteil von Biolebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen des Bundes, die die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen am 5. März 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Hierzu verweise ich auf die Beantwortungen der Anfragen Nr. 447/J und 440/J-NR/2007 durch den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bzw. den Herrn Bundeskanzler.

Zu Fragen 3 und 4:

Die gemeinsame Kantine des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Amtsgebäude Minoritenplatz 5 ist verpachtet und daher keine Einrichtung des Bundes. Da der Pachtvertrag seit über 30 Jahren besteht und dieses Thema zum damaligen Zeitpunkt noch nicht aktuell war, wurde die Beschaffung von Biolebensmitteln beim Abschluss des Vertrages nicht berücksichtigt. Eine Änderung des Pachtvertrages wäre nur mit Einverständnis des Pächters möglich. Nach dessen Aussage werden eine Reihe von Milchprodukten, Fleisch- und Wurstwaren, Eier, Gemüse und Obst von kleinen Familienbetrieben im Wald- und Weinviertel bezogen.

Was die Österreichische Menschenbetriebsgesellschaft anlangt, so beschäftigt sich diese laut Aussage des Geschäftsführers seit drei Jahren intensiv mit der Frage der Biolebensmittel und musste feststellen, dass die Gäste nicht bereit sind, die durch den höheren Einkaufspreis (15 bis 20%) solcher Produkte bedingten Mehrkosten bei den Verkaufspreisen zu akzeptieren. Das Unternehmen sieht sich nicht in der Lage, die erhöhten Einkaufspreise in voller Höhe selbst zu tragen. Somit beläuft sich der Anteil der Bioprodukte auf etwa 5%, überwiegend im Bereich von Säften, Molkereiprodukten, Nudeln und einigen Fairtrade-Produkten.

Zu Frage 5:

Siehe Beantwortungen der Anfragen Nr. 447/J und 443/J-NR/2007 durch den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bzw. die Frau Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend.

Zu Frage 6:

Der Einsatz von Biolebensmitteln ist im Bundesvoranschlag nicht gesondert ausgewiesen, da die Voranschlagspost für den Ankauf von Lebensmitteln nicht nach deren Herkunft untergliedert ist.

Zu Frage 7:

Im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung sind für das Jahr 2008 keine Großveranstaltungen geplant.

Der Bundesminister:
Dr. Johannes Hahn e.h.